Soviel auch in der bürgerlichen Presse darüber geredet wird, daß Uneinigkeit, Zänkereien bei uns entstanden seien — wo es sich um Thaten handelt, wo es sich um den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft handelt, sind wir alle einig und vergessen alle abweichenden Meinungen. Das ist das Wichtigste und darum sollen wir, wenn wir auseinander gehen, alles vergessen, was uns trennt, und nur an das denken, was uns einigt: der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen, die zusammenstehen, Hand in Hand, damit wir das Endziel erreichen, über das unter uns, scheint mir, keinerlei Zweifel bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Heine-Berlin: Wir brauchen zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Zuchthausvorlage noch etliches Material. Wir sind von den Genossen nicht so reichlich mit der Einsendung von Material bedacht worden, wie wir es eigentlich erwartet hätten. Wir wissen, daß die Materialien existiren, und in welchem Maße, geht aus dem Legien'schen Buche und den täglichen Zeitungsberichten hervor. Es liegt uns aber daran, auch die Sachen, die noch nicht an uns gelangt sind, zu erhalten. Vor allem sind in den letzten Wochen wieder eine ganze Reihe von Anklagen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung wegen Erpressung erhoben und zum Theil verhandelt worden. Es ist für uns von großer Wichtigkeit, diese Sachen, und zwar die kompletten Prozeßakten auch jetzt zu erhalten und sobald etwas Neues kommt. Darum bitte ich die Genossen am Orte, die Vertrauensmänner und Führer, das nicht aus dem Auge zu lassen; sowie ein Prozeß stattfindet, uns Anklage und Urtheil selbst zu schicken oder durch den Rechtsanwalt zuschicken zu lassen, und zwar entweder an das Arbeitersekretariat in Nürnberg zu Händen von Segitz, oder an den Partei-Vorstand oder an mich.

Ewald-Berlin beantragt Schluß der Debatte. Im Kampf gegen die Zuchthausvorlage sind wir alle einig, da bedarf es keiner Erörterung. (Beifall.)

Einstimmig wird die Debatte geschlossen, und einstimmig sowohl die Resolution 83 wie der Antrag 71 angenommen.

Der Parteitag geht über zu Punkt 10 der **Tagesordnung: Anträge zum Programm und zur Organisation.**

In Frage kommen hier die Anträge 5, 8, 11 und 9, der inzwischen durch den Antrag 72 ersetzt worden ist. Davon findet nur der Antrag 72 die genügende Unterstützung. Antrag 10 ist zurückgezogen.

Ewald-Berlin begründet den Antrag 72. Bisher lautete § 17a des Organisationsstatuts, daß bei allen Anstellungen, überhaupt bei allen Vorkommnissen beim Zentralorgan der Preßkommission Mittheilung zu machen sei, der Partei-Vorstand aber selbständig zu verfügen habe. Nun liegt die Sache so, daß unser Zentralorgan 53000 Abonnenten hat, von denen sich 50000 in Berlin und Umgegend und nur 3000 außerhalb befinden. Sie werden mir zugeben, daß wir da auch ein gewisses Recht auf Mitwirkung beim Zentralorgan haben. Daher brauchen wir, glaube ich, nicht viel Worte zu machen, um Ihnen die Annahme dieses Antrages zu empfehlen. Ich erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie ihn, wie er vorliegt, annehmen. (Beifall.)

Bader-Magdeburg: Ich ersuche um Ablehnung des Antrages, da er überflüssig ist. Die Klagen über den „Vorwärts", die auf früheren Parteitagen erhoben wurden, sind jetzt verstummt, die Berliner Genossen haben bereits einen genügenden Einfluß auf die internen Verhältnisse des „Vorwärts" und § 17a bedeutet schon jetzt nichts anderes, als was jetzt in Antrag 72 gefordert wird.

Knappe-Stettin: Die Berliner haben ebenso ein Recht darauf, Einfluß auf ihr Blatt zu gewinnen, wie jeder Ort in der Provinz. Nehmen Sie ohne weiteres den Antrag an. Das Mißtrauen gegen die Berliner, sie könnten ihren Einfluß gegen das Interesse der Partei geltend machen, wird durch ihre ganze bisherige Haltung widerlegt. (Beifall.)

Antrag 72 wird angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung umfaßt die **„Sonstigen Anträge"**, die auf Vorschlag des Vorsitzenden in 4 Gruppen (Taktik, Presse, Agitation und Verschiedenes) eingetheilt werden.

Zur Berathung gelangen in erster Linie die Anträge zur **Taktik**; es sind dies die Anträge 6 und 63, die sich mit der Stellung der Leipziger Genossen zur Landtagswahl befassen. Antrag 7 ist bereits durch Annahme der Resolution 81 erledigt.

Eichhorn-Dresden begründet den Antrag 63*) Wir verlangen nichts weiter, als daß Beschlüsse der Landesversammlungen auch von allen Genossen befolgt werden. Wohin das Verhalten führt, das hat zum Jammer der Partei und zum Gaudium der Gegner die letzte Wahl gezeigt. (Sehr wahr!) Es ist vorgekommen, daß in demselben Kreise einige Städte sich betheiligt haben, andere nicht. Das verderbliche Beispiel Leipzigs hat in Zwickau Nachahmung gefunden, wo man mit einer Stimme Mehrheit die Wahlbetheiligung ablehnte. Das sind die Folgen des disziplinwidrigen Verfahrens der Leipziger Parteigenossen. (Hört! hört!) Selbst wenn die Wahlbetheiligung ein Fehler ist, so hat, wenn die Partei sie beschlossen hat, die Partei den Fehler gemacht und die Genossen haben sich zu fügen. Ein Jammerbild war die Wahlbetheiligung von 18 bis 30 pCt. Schaffen Sie Remedur, Parteigenossen, sorgen Sie, daß in Sachsen wieder Ordnung wird. (lebhafter Beifall.)

Grenz-Leipzig: Ich stehe auf der Anklagebank. Sie können uns verurtheilen, aber nur nach gründlicher Information, und die kann in kurzer Weise nicht erfolgen. Wir drehen den Spieß um; ich erhebe die Gegenklage, daß die sächsische Landtagsfraktion und das damalige Zentral-Agitationskomitee den nicht schönen Zustand verschuldet haben. Die jämmerliche Wahlbetheiligung war ja auch in Kreisen, in denen nach Kräften für die Wahlbetheiligung agitirt wurde. Wir sind daran nicht schuld (lebhafter Widerspruch), wir haben Niemand gehindert, sich zu betheiligen. Man konnte eben den Beschluß nicht durchführen; bei den gegenwärtigen Zuständen gehen die Arbeiter eben nicht zur Wahl in einem Umfange, daß dabei etwas herauskommt. Die Massenversammlung in Stötteritz, in der Liebknecht sprach, hat in der nachdrücklichsten Form den Protest gegen das Verhalten der Landtagsfraktion beschlossen. Mit dieser Resolution würden Sie nicht beilegen, sondern verschärfen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Wenn ich nicht weiter reden darf, dann werden wir verurtheilt, ohne gehört zu werden. (Lebhafter Widerspruch.)

Singer: Zu dieser Behauptung hat der Genosse kein Recht. Er hört zu reden auf, weil die von ihm selbst mitbeschlossene Geschäftsordnung ihm keine weitere Redezeit gewährt.

Lorenz-Chemnitz: Wir beantragen die Resolution nicht aus Freude, den Leipzigern einen Denkzettel zu verabfolgen. Die Töne haben wir schon mehrfach bei den Landesversammlungen gehört, und einmal sind wir auch darauf hineingefallen. Die Leipziger Genossen haben die Beschlüsse derselben jedes Jahr bewußt durchbrochen; das ist ein Verstoß gegen die einfachsten Grundsätze der Demokratie. (Sehr wahr!) Unsere Partei ist doch auch eine demokratische Partei; wer zu ihr gehören will, muß sich selbstverständlich den Beschlüssen ihrer offiziellen Organe fügen. (Beifall.) Der Landtagsfraktion haben die Leipziger den genialen Rath gegeben, ihre Mandate niederzulegen; dann wäre unter dem neuen Wahlgesetz gewählt worden und wir wären 15 Mandate zur Freude unserer Gegner quitt gewesen.

Wünschmann-Döbeln: Die Leipziger haben allerdings die Genossen der anderen Kreise nicht aufgefordert, sich der Wahl zu enthalten; aber böse Bei-

---

*) Zu diesem Antrag giebt Genosse Georg Horn (Sachsen) die Erklärung zu Protokoll, daß er sich derselben voll anschließt und sein Namen nur deshalb darunter fehlte, weil der Antrag ihm nicht zur Unterschrift vorgelegt worden ist.

spiele verderben gute Sitte. Dieser Demoralisirung muß gesteuert werden. (Beifall.) In einer Leipziger Versammlung ist ja das geflügelte Wort von den zurückgebliebenen Wahlkreisen geprägt worden; nun von diesen könnten die „fortgeschrittenen" Wahlkreise etwas lernen, nämlich Wahrung des demokratischen Prinzips. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte gelangte gegen den Widerspruch von Lipinski-Leipzig zur Annahme und der Antrag Eichhorn (63) wird mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch ist Antrag 6 erledigt.

Zur Berathung werden nunmehr die Anträge betreffend die **Presse** gestellt; es sind dies die Anträge 12 bis 28, von denen 14, 17 und 28 zurückgezogen werden und 15, 16, 18, 19, 20, 24, 26, 27 nicht genügende Unterstützung finden, so daß nur Anträge 12, 13, 21, 22, 23 und 25 zur Diskussion gestellt werden können.

Schubert-Schöneberg begründet Antrag 12, der verlangt, daß der „Vorwärts" zu allen politischen Tagesfragen und Parteifragen Stellung nehme. Man beklagt sich sehr darüber, daß der „Vorwärts" im Gegensatz zu den übrigen Parteiblättern zu den einzelnen Fragen zu wenig Stellung nimmt, so in Bezug auf die bayrischen Landtagswahlen und auch in Bezug auf das Verhalten der französischen Sozialdemokraten. Er beschränkt sich auf die referirende Wiedergabe der Aeußerungen der anderen Organe. Auch eine Polemik, die zwischen Auer und Liebknecht gespielt hat, hat der „Vorwärts" mit keinem Wort erwähnt. Der Antrag soll dem für die Zukunft ein Ende machen.

Liebknecht: Wenn Sie den Verhandlungen auf dem Parteitag aufmerksam gefolgt sind, dann finden Sie, daß in Bezug auf taktische Fragen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind auch in der Redaktion des „Vorwärts" vorhanden. Wenn man vom „Vorwärts" verlangt, daß er redaktionell in allen streitigen Fragen Stellung nehmen soll, so verlangt man bei der jetzigen Organisation und Stellung des „Vorwärts" Unmögliches. Anfangs haben die Meinungsverschiedenheiten zu kleinen Reibungen geführt, aber nach und nach kam es zu einer Verständigung dahin, daß, wenn irgend möglich, eine Verständigung gesucht wird, falls dies nicht geht, die verschiedenen Ansichten, die in der Redaktion vorhanden sind, zu Worte kommen, und zwar nach der französischen Praxis in der Art, daß mit Namen oder mit Chiffre dafür eingetreten wird. Und zu jeder Frage wird in Zukunft, wenn nicht von der Redaktion, doch von den Redakteuren prompt Stellung genommen werden. Das ist demokratisch. Der „Vorwärts" ist eben kein Lokalblatt. Ich habe nicht, wie z. B. Schoenlank, der von den Leipzigern die Vollmacht hat, seine Redakteure und Mitarbeiter bedingungslos und unkontrolirbar zu wählen, die Möglichkeit, eine einheitliche Redaktion herzustellen. Mit mechanischem Majorisiren geht es nicht. Da der „Vorwärts" kein Lokalblatt, sondern das Zentralorgan ist, müssen in seiner Redaktion auch die verschiedenen Strömungen, die in der Partei vorhanden sind, vertreten sein. (Beifall.)

Der Streit zwischen Auer und mir war eine rein persönliche Meinungsverschiedenheit und brauchte deshalb nicht im „Vorwärts" gebracht zu werden, ebenso wie Dutzende anderer gleich belangloser Sachen. Es handelte sich um die irrthümliche Behauptung, ich hätte Bernstein persönlich verunglimpft; ich war gerade auf ein paar Tage in Offenbach und habe von dort den Irrthum in einem westdeutschen Blatte, der „Elberfelder Freien Presse", in der ich die Behauptung las, sofort richtig gestellt. Als Auer eingriff, war Alles bereits erledigt, so daß ich ihm nur ein paar Worte zu erwidern hatte.

Antrag 12 wird abgelehnt.

Singer: Es sind inzwischen noch die Anträge 76 und 78 eingegangen; ersterer ist im Wortlaut identisch mit Antrag 22 und ich kann das Gefühl der Verwunderung nicht unterdrücken, daß ein Antrag, der schon in der Vorlage

steht, nochmals eingereicht wird. (Sehr wahr!) Der Antrag erübrigt sich also. Der Antrag 78 verlangt die Herausgabe einer Broschüre: „Wer ist der Staat?"

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt, ist also hinfällig.

Zu Antrag 13 (auf täglich zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts") bemerkt

Grunwald-Jena: Ich habe diesen Antrag zwar nicht gestellt, sondern den Antrag 14 (auf gleichzeitige Errichtung einer eigenen Druckererei für den Vorwärts), den ich in Folge dessen zurückgezogen habe; ich glaube, daß man diesen Antrag 13 nicht unterstützen kann, wenn man nicht zugleich die andere sehr wichtige Frage in Rücksicht zieht, wie der „Vorwärts" finanziell fundamentirt ist; damit komme ich zu der Frage, die mich zu meinem Antrage veranlaßt hat, der leider nicht unterstützt wurde; ich kann diesen Antrag nun nicht mehr begründen und auch nicht alle Argumente, die ich für ihn in petto hatte, vorbringen, sondern nur erklären, daß man an ein zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts" nicht denken kann, wenn man nicht den Ueberschuß, den Bading heute einheimst, der Partei zuführt.

Täterow-Berlin: Der Antrag ist in einer öffentlichen Versammlung angenommen. Die Antragsteller sind sich vollständig darüber klar, daß er nicht so mir nichts dir nichts angenommen werden kann, ohne daß vorher genaue rechnerische Unterlagen vorhanden sind. Diese Grundlagen sind nicht vorhanden, so betrachten wir denn den Antrag nur als eine Anregung, und ich bin überzeugt, es werden sich Mittel und Wege finden lassen, die Anregung in eine praktische Gestalt zu bringen. Ich ziehe deshalb den Antrag 13 zurück. (Beifall.)

Die Anträge 21 und 22 werden, weil beide die „Freien Stunden" betreffen, gemeinsam behandelt.

Schubert-Schöneberg: In dem Bericht des Partei-Vorstandes ist in Bezug auf „In freien Stunden" gesagt: „Auch der Versuch mit einem ausgesprochen den Charakter eines Kolportage-Romans tragenden Werke die Kolportage-Buchhandlungen zu interessiren, erbrachte von Neuem den Beweis, wie schwer und langsam nur unsere Parteigeschäfte den gegen sie geschlossenen Wall von Vorurtheilen und Parteigegensätzen durchbrechen können." Nun, wenn ein Roman, wie die „Töchter des Südens" kolportirt wird, dann kann die Zeitschrift unmöglich eine bessere Verbreitung finden. Ein Roman, in dem auf jeder dritten und vierten Seite von Gift und Zuchthaus gesprochen wird, kann die Arbeiter nicht sittlich und ethisch erziehen. Wollen wir Erfolg haben, wollen wir, daß die Zeitschrift prosperirt, so muß in der Auswahl der Romane mit größerer Vorsicht vorgegangen werden. (Zustimmung.)

Fischer-Berlin: Es kann mir natürlich nicht einfallen, den Roman „Töchter des Südens" besonders loben zu wollen. Ich muß aber doch darauf hinweisen, daß der Vorredner Kolportageroman mit Schundroman identifizirt hat, was nicht angängig ist. Ich will über die Sache ganz kurz hinweggehen, indem ich erkläre: wenn ein Mißgriff vorgekommen ist, so war ja der nächste Roman schon der Beweis dafür, daß der Mißgriff nach Möglichkeit wieder ausgeglichen ist.

Sindermann-Dresden: Auch ich wundere mich, daß ein Roman wie „Töchter des Südens" aufgenommen werden konnte; er erinnert mehr an Indianer- und Räubergeschichten als an einen Roman zur Hebung der Bildung des Proletariats. Es freut mich, daß Fischer seinen Fehler eingesehen hat.

Die Anträge 21 und 22 werden angenommen.

Zu Antrag 23 (auf Herausgabe einer Jugendliteratur) bemerkt

Ostkamp-Essen: Der Zweck der Jugendliteratur soll darin bestehen, daß dem Pastorenkultus entgegengearbeitet wird. So ist unser Antrag zu verstehen.

Pfannkuch: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Die Parteileitung ist dieser Frage wiederholt näher getreten, und wenn sie die Möglichkeit gehabt hätte, das Projekt durchzuführen, so wäre es längst geschehen.

Der Antrag 23 wird abgelehnt.

Antrag 25 (auf unentgeltliche Herausgabe eines Berichtes über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion am Schluß jeder Legislatur-Periode) begründet

Rosenow-Dortmund: Der Antrag ist nicht neu, er ist schon wiederholt gestellt und entspringt einem dringenden Bedürfniß. Es giebt Wahlkreise, deren Vertreter, weil keine Lokale vorhanden sind, keine Versammlungen abhalten können. So ist es z. B. im 20. sächsischen Wahlkreise der Fall. In diesen Kreisen empfiehlt sich die Agitation durch Flugblätter, die billiger ist als die Kosten für Versammlungen unter freiem Himmel. Ob ein einheitliches Flugblatt für ganz Deutschland oder verschiedene für die verschiedenen Landestheile angebracht sind, kann dem Partei-Vorstand überlassen bleiben. Die Kosten werden nicht allzu große sein.

Pfannkuch: Ich glaube, es liegt dem Vorredner im wesentlichen daran, daß die Flugblätter unentgeltlich abgegeben werden, das wird aber auch schon durch die bisherige Praxis erreicht. Die Verhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen sind verschieden, es kann nicht schablonisirt werden. Haben die Kreise keine Mittel zur Herausgabe von Flugblättern, so können sie sich an die Parteileitung wenden. Wir haben bisher noch keinen Antrag unberücksichtigt gelassen, der sich auf die Förderung der Agitation bezieht. Lehnen Sie den Antrag ab.

Der Antrag 25 wird abgelehnt.

Nunmehr folgt die Berathung zur **Agitation**; darauf beziehen sich die Anträge 29, 30, 31, 32, 33, 53, 74 und 75, davon werden die Anträge 29, 33 und 53 nicht genügend unterstützt. Die Anträge 30, 31 und 32 werden, da sie alle die Stellung der Partei zur **Alkoholfrage** behandeln, in der Diskussion mit einander verbunden.

Zur Begründung der Anträge 30 und 31 spricht

Katzenstein-Mannheim: Den Antrag 32 vertrete ich nicht; er fordert absolute Enthaltung und das verlange ich nicht. Wir sind eine Arbeiterschutz- und eine Kampfpartei. Wollen wir die Lage der Arbeiter verbessern, dann müssen wir auch ihre Einsicht und die Bedingungen ihrer Gesundheit haben. Das ist unsere Aufgabe als Arbeiterschutz-Partei. Als Kampfpartei aber müssen wir klare und bewußte Kämpfer heranzubilden trachten. Die Parteipresse beschäftigt sich soviel mit gemeinnützigen Dingen, da kann sie auch die Alkoholfrage mehr behandeln. Wir geben zu, daß die ungünstigen sozialen Verhältnisse den Alkoholismus begünstigen. Das ökonomische Moment ist aber nicht das einzige. Die Corpsstudenten werden doch wahrlich nicht durch elende Wohnung und mangelhafte Nahrung zum Saufen veranlaßt. (Sehr richtig!) Das gilt aber doch auch bei uns. Es sind Arbeiterschichten in besserer Lebenshaltung, wie die Bauarbeiter, die Hafenarbeiter, die dem Alkoholismus nicht genügend widerstehen. Redner erinnert an die Gefahren des Alkoholismus für die Jugend. Dem Kinde auch nur einen Tropfen Alkohol zu geben ist geradezu ein Verbrechen. (Sehr richtig.) Der Arbeiter soll das Geld, das er durch Einschränkung des Alkoholgenusses erspart, für bessere Nahrung ausgeben, für Bücher und (Redner nimmt einen Schluck Wasser, Zurufe: Prost! Große Heiterkeit), na, es wird mir ja auch nachgesagt, daß ich bei der Begründung eines Antrages einmal fünf Maaß Bier getrunken habe. (Heiterkeit.) Neben der Freßlegende haben wir also auch eine Saufl egende. (Große Heiterkeit.) Die Sache selber ist ernst genug, so daß wir sie nicht von der komischen Seite betrachten sollten. Dieser ernsten Sache haben wir unsere ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen. (Lebhafter Beifall.)

Keil-Stuttgart: Es wird Sie vielleicht wundern, daß ich als Vertreter des Stuttgarter Vorortes Degerloch (große Heiterkeit), wo wir im vorigen Jahre bei dem von den Stuttgarter Genossen veranstalteten Winzerfeste den Zukunftsstaat etablirt hatten (große Heiterkeit), den Auftrag erhalten habe, den Anti-Alkoholantrag zu begründen. Der Antrag 31 ist durchaus vorsichtig formulirt, so daß ihm wohl zugestimmt werden darf. Redner erinnert an das Beispiel der belgischen Genossen und an einen Artikel des Dr. Grotjahn in der „Neuen Zeit". Sie brauchen nicht deshalb gegen den Antrag zu stimmen, weil Sie befürchten könnten, daß man künftighin eine so schöne Feier, wie die in Degerloch, unmöglich wäre. Eine so edle Verwendung kann nicht unter den Alkoholmißbrauch fallen. (Heiterkeit und Beifall.)

Baker-Hamburg bittet, die Anträge 30 und 32 abzulehnen, wohl aber Antrag 31 anzunehmen. Würde der Parteitag heute keine Stellung nehmen, so würden die Guttempler einfach erklären: Seht Ihr, die Sozialdemokraten können trinken, wie sie wollen.

Bebel: Ich bitte Sie, alle drei Anträge abzulehnen. Ich fürchte durch diesen Vorschlag nicht in den Verdacht zu gerathen, die Unmäßigkeit zu empfehlen. Wenn die Parteigenossen in Bezug auf den Alkoholverbrauch meinem persönlichen Beispiel folgen wollten, dann würden die Wirthe sehr schlechte Geschäfte machen. (Sehr richtig). Aber nach meiner Ansicht haben wir als Partei die Alkoholfrage nicht zu erörtern. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Guttempler dazu sagen, kann uns sehr gleichgiltig sein. Wir dürfen die Parteithätigkeit nicht in Kleinkram verzetteln. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge 30, 31 und 32 werden hierauf abgelehnt; bei Antrag 31 ist die Minorität am stärksten.

Auf Anregung von Keil-Stuttgart wird nunmehr beschlossen, ohne Mittagspause weiter zu tagen.

Antrag 74 (Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen) begründet Frau **Zietz**-Hamburg: Würde es in unserem lieben deutschen Vaterlande uns Frauen möglich sein, uns den Organisationen der Männer anzuschließen, so würde es nicht nöthig sein, diesen in Gotha angenommenen Antrag aufs neue in Erinnerung zu bringen; da das aber leider noch nicht der Fall ist, selbst nicht in unseren Republiken Hamburg, Bremen und Lübeck, so bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen, aber auch thatsächlich dafür einzutreten und dafür zu sorgen, daß er nicht wieder in Vergessenheit geräth. (Beifall.)

Der Antrag 74 wird angenommen.

Antrag 75 (Agitation für weiteren Ausbau des Arbeiterinnenschutzes) begründet Frau **Zetkin:** Der Antrag fordert nur, daß wir energisch für diejenigen Reformen zu Gunsten der Arbeiterinnen eintreten, die schon lange in unserem Programm stehen, und das in nächster Zeit. Wie Ihnen bekannt sein wird, veranstaltet die Reichsregierung gegenwärtig eine Enquete über die Fabrik- verheiratheter Frauen. Veranlaßt ist dieselbe hauptsächlich durch die vom um wiederholt erhobene Forderung, die verheiratheten Frauen durch gesetz- Verbot von der Fabrikarbeit auszuschließen. Wir haben nun die Pflicht, Forderung gegenüber das zu verlangen, was wir im Interesse der terinnen für nothwendig halten. Die Agitation, die wir entfalten wollen, wesentlich im Interesse der Gesammtpartei, denn wir erreichen dadurch, wir die Arbeiterschutz-Heuchelei des Centrums auf einem bestimmten te ad absurdum führen. Jetzt kann das Centrum zeigen, ob es ihm em Arbeiterschutz auch wirklich ernst ist. Wir müssen die Massen darüber iren, daß die Forderung des Verbots der Fabrikarbeit verheiratheter en vom Centrum gestellt ist, obgleich diese Forderung nicht auf Ver- chung rechnen kann. Nicht um Sonderbestrebungen zu fördern stellen wir Antrag, sondern um auch bezüglich einer kleinen Forderung eine Bresche

zu legen in die Masse der Hindernisse und Schwierigkeiten, die sich unserem Kampfe entgegenstellen. Die Verwirklichung eines anscheinend kleinen Theils unseres Programms wird wesentlich dazu beitragen, die Arbeiterinnen zu besseren Kämpferinnen zu machen für unser Endziel. (Beifall.)

Der Antrag 75 wird angenommen.

Zur Berathung gelangen nunmehr die Gruppe der Anträge, die unter **Verschiedenes** zu rubriziren sind; es sind dies die Anträge 40, 47, 48, 49, 50, 51, 56, 66, 67, 68 und 77. Die Anträge 40 und 49 werden nicht genügend unterstützt, Antrag 47 ist durch die Bebel'sche Resolution 81 erledigt, Antrag 51 wird zurückgezogen.

Antrag 56 (Gründung einer Centralstelle für die Parteivertreter in den öffentlichen Körperschaften) begründet **Katzenstein:** Der Antrag dient einem rein praktischen Zwecke. Die sozialpolitischen Praktiker haben in ihrer Konferenz am Dienstag beschlossen, den Parteitag zu ersuchen, diesen Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Es muß für alle die verschiedenen Organe, die im Antrag genannt sind, ein Mittelpunkt zur Sichtung und zum Austausch des Materials geschaffen werden. Ein Gebiet nur scheidet aus, das gewerbegerichtliche. Hier haben die Arbeiterbeisitzer sich bereits ein Centralorgan geschaffen. Als Centralstelle habe ich die von Genossen Heimann gegründete Volksbibliothek, die einen Archivar erhalten wird, empfohlen. Andere denken an den Anschluß dieser Centralstelle an den „Vorwärts". Die Entscheidung mag dem Vorstande überlassen bleiben. Die Personenfrage ist gewiß wichtig, aber Personen, wie Quarck oder Calwer wären sehr dazu geeignet. (Beifall.)

Pfannkuch: Ich bin nicht gegen den Antrag, aber seiner Verwirklichung stellen sich doch große Schwierigkeiten entgegen. Ueberweisen Sie den Antrag einfach dem Partei-Vorstande.

Antrag 56 wird dem Partei-Vorstande überwiesen.

Verhandelt wird nunmehr über die Gruppe der Anträge, die sich mit dem nächsten Parteitage beschäftigen, sie betreffen die Tagesordnung, den Ort und die Berichterstattung über den Parteitag.

Mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge 50 und 66, ersterer will die Verkehrspolitik, letztere die Taktik bei den Landtagswahlen auf die Tagesordnung gesetzt wissen.

Antrag 50 begründet **Keil**-Stuttgart mit dem Hinweise, daß es der Partei der Verkehrspolitik gegenüber an einer festen Grundlinie fehlt. In Zusammenhang mit der Verkehrspolitik steht die Handelspolitik. Der Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903 zwingt uns, Stellung zu nehmen. Wir sind eine Partei des Fortschritts und müssen den Verkehr fördern, dessen Hebung eine Kulturforderung ersten Ranges ist.

Der Antrag 50 wird angenommen.

Antrag 66 begründet Frau **Rosa Luxemburg:** Die Vorgänge b[illegible] letzten bayrischen Wahlen haben den Beweis geliefert, daß die Takt[illegible] Genossen in den einzelnen Ländern keine gleichgültige Sache für die Ge[illegible] partei bleiben darf. Wir haben auch schon einen Präzedenzfall in [illegible] Richtung. Die Taktik bei den preußischen Landtagswahlen wurde [illegible] von einem Parteitag geregelt. Was den preußischen Genossen recht ist, i[illegible] den bayrischen und badischen Genossen billig. (Sehr richtig.) Auch f[illegible] preußischen Landtagswahlen ist der bayrische Vorgang wichtig. Wenn [illegible] die bayrische Abmachung als ein Vorbild und eine Konsequenz der Bethei[illegible] an den preußischen Wahlen hinstellt, so muß das nur die Befürchtung[illegible] Gegner der Betheiligung bekräftigen und auf manchen Anhänger der Bethei[illegible] abschreckend wirken. Die Bebel'sche Resolution ist in ihren Angaben über [illegible] Verhalten zu den bürgerlichen Parteien so allgemein, daß für mich kein [illegible]

war, gegen diesen Absatz zu stimmen. (Sehr richtig.) Ein praktischer Fingerzeig für unser Verhalten den bürgerlichen Parteien gegenüber ist umsoweniger darin vorhanden, als der Begriff Kompromiß in letzter Zeit schwankend geworden ist. Deshalb habe ich auch für den Absatz 3 der Bebel'schen Resolution gestimmt, obwohl ich in der Frage der bayrischen Wahlen auf einem dem Bebel'schen entgegengesetzten Standpunkt stehe und eben den Antrag 66 eingebracht habe, um einer Wiederholung der bayrischen Vorgänge vorzubeugen. Nicht darum handelt es sich, die Genossen der einzelnen Länder zu bevormunden, und zu schulmeistern, sondern die allgemeinen Grundlagen sollen hervorgehoben werden, um die Sache einheitlich zu regulieren.

Heine-Berlin beantragt die Ablehnung des Antrages; durch die Resolution Bebel ist der Streit beigelegt und definitiv entschieden. (Widerspruch.) Soll er von neuem wieder angefacht werden? Sollen wir wieder ein Jahr für die praktische Arbeit verlieren? Wir haben wirklich angesichts der großen praktischen Aufgaben wichtigeres zu thun. (Sehr richtig.) Die Parteipresse hat die so wichtige Novelle zur Alters- und Invalidenversicherung noch nicht zu ihrem vollen Rechte gelangen lassen können, weil ihr Raum beschlagnahmt war durch Erörterungen allgemeiner Natur. Sich theoretisch über die Taktik zu unterhalten, ist ein ganz fruchtloses Beginnen. (Sehr richtig!) Die Taktik läßt sich nicht von vornherein bestimmen, sie richtet sich nach den jeweiligen Machtmitteln. Es ist nicht nothwendig, heute wieder ein Feuer anzuzünden. (Beifall.)

Liebknecht: Die Argumente des Vorredners sind durchaus falsch, die Streitfragen in der Partei sind durch die Annahme der Resolution Bebel nicht erledigt worden. In theoretischen Dingen mag Einmüthigkeit sein, aber die Theorien lassen sich in der Praxis verschieden anwenden, und auf die Praxis kommt es in erster Linie an. Für die Masse unserer Genossen hat der durch Bernstein veranlaßte Streit theoretisch gar keine Bedeutung gehabt. Die Theorie und das Programm steht für die Massen fest. Was sie tief erregte, waren die praktischen Konsequenzen, die uns vom Boden des Klassenkampfs weggeführt hätten. Zu diesen Konsequenzen gehört aber die Taktik bei Wahlen. Und namentlich in Bezug auf die Landtagswahlbetheiligung muß Klarheit geschaffen werden, während es sich jetzt nur um ein Vertuschen handelt. Ich hoffe, daß binnen einem Jahre der Eindruck, den die jüngsten Wahlvorkommnisse in Sachsen hervorgerufen haben, nicht verlöscht sein wird. Wenn man mich auf die große Mehrheit verweist, mit welcher der dritte Absatz der Resolution Bebel zur Annahme gelangt ist, so halte ich es gerade darum nur für um so nothwendiger, die Frage auf dem nächsten Parteitage zur Sprache zu bringen. Wir wollen endlich zu einer Entscheidung kommen — wenigstens einer vorläufigen. Wenn wir, ich und die ähnlich denken wie ich, auch in der Minorität blieben, die Beschlüsse des Parteitages werden wir schon respektieren; es gehört aber diese Frage zu den Dingen, die nur durch die Praxis geklärt werden können. Die Praxis korrigirt Irrthümer. Wird gegen uns entschieden — nun so werden Sie sich die Finger ganz herrlich verbrennen und dann gilt das Sprichwort: Gebranntes Kind scheut das Feuer.

Die Diskussion wird geschlossen; Antrag 66 wird angenommen; gegen diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses wird Widerspruch laut.

Antrag 67 (Abhaltung des Parteitages in den letzten Wochen des Septembers) befürwortet **Wiemer**-Nürnberg: Der Parteitag fällt gegenwärtig mit den Verhandlungen der zweiten bayrischen Kammer zusammen, was die parlamentarische Aktion der bayrischen Genossen außerordentlich schädigt. So hat jetzt ein Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts und eine Interpellation wegen der Stellung der bayrischen Bundesrathsmitglieder zur Zuchthausvorlage zurückgestellt werden müssen. Für die Abhaltung des Parteitages im September spricht auch der Umstand, daß da noch der Sommerfahrplan in Geltung ist.

Adler-Harburg wünscht die eventuelle Verlegung in den November, damit die Landwirthe an den Verhandlungen theilnehmen können.

Vollmar ergänzt die Ausführungen Wiemers durch die Mittheilung, daß der Zusammentritt des bayrischen Landtags auf einer Verfassungsbestimmung beruht. Diesmal habe es sich noch ermöglichen lassen, daß einige bayrische Landtagsmitglieder zum Parteitag kamen; in Zukunft würde das vielleicht unmöglich sein. Mit der Verlegung auf den November sei den Bayern nicht gedient. Landwirthe seien in der Partei leider so wenige, daß eine Rücksichtnahme darauf nicht zu erfolgen brauche.

Gerisch verweist nur darauf, daß die Verlegung des Parteitages auf den September eine abermalige Aenderung des Geschäftsjahrs nothwendig mache.

Antrag 67 wird angenommen.

Zum Ort des nächsten Parteitages wünscht der Antrag 48 Lübeck, 61 Mainz, 68 Nürnberg. Singer verliest eine Depesche aus Nürnberg, worin gebeten wird, im Falle der Wahl von Nürnberg einen Ersatzort zu bestimmen, da die Verhältnisse in Bezug auf die Betheiligung von Frauen an dem Parteitage noch nicht geklärt sei.

Kasch-Lübeck vertritt den Antrag 48 und führt für ihn das Recht der Erstgeburt an.

David-Mainz führt für die Wahl von Mainz an, daß jetzt der Süden eine Anwartschaft auf die Abhaltung des Parteitages habe.

Wiemer-Nürnberg bemerkt gegenüber der Depesche, daß das neue bayrische Vereinsgesetz jede Schwierigkeit bezüglich der Frauen beseitigt habe, ohne jede Störung durch die Behörde seien in der letzten Zeit mehr als hundert Versammlungen gegen die Zuchthausvorlage abgehalten worden unter Betheiligung von Frauen; man solle Nürnberg wählen und Mainz als Ersatzort bestimmen.

Lily **Braun** ersucht um Ablehnung der Nürnberger Einladung. Bisher haben wir keine Erfahrungen, die uns das Recht geben, die Abhaltung des Parteitages in Nürnberg zu riskiren. Ein bayrischer Genosse, mit dem wir Rücksprache genommen haben, hat uns ausdrücklich gesagt, daß die Verhältnisse wegen der Zulassung von Frauen mindestens zweifelhaft seien. Ein Antrag der Berliner Genossinnen, in dem Organisationsstatut den Passus von der Wahl von Delegirtinnen in besonderen Frauenversammlungen zu streichen, ist ausschließlich mit Rücksicht darauf nicht aufrecht erhalten worden, weil uns gesagt war, daß bayrische Genossinnen dann am Parteitag nicht werden theilnehmen können.

Eitzinger. Nehmen Sie die Einladung von Nürnberg an, wir wollen die Sache einmal zur Klärung bringen. Wir wissen selbst nicht, wie wir mit unserem Vereinsgesetz daran sind. Wählen Sie also als zweiten Ort Mainz und zwingen Sie unsere Regierung zu einer Entscheidung.

Der Parteitag entscheidet sich für die Einladung von Mainz.

Es folgt die Berathung des Antrages 77:

„Der Parteitag beschließt, daß für den nächsten Parteitag ein unparteiisches Stenographenbureau mit der Berichterstattung betraut wird."

Frau **Zetkin**: Glauben Sie nicht, daß ich durch den Antrag bezweckt habe, eine Berichterstattung herbeizuführen, die jedes einzelne hier gesprochene Wort verewigt! Ich bin mir auch durchaus der praktischen Schwierigkeiten bewußt, welche der Ausführung des Antrags im Wege stehen. Den Schwerpunkt möchte ich auf das Wort „parteiisch" gelegt sehen, es fällt mir nicht ein, die offizielle Berichterstattung für unser Protokoll oder für den „Vorwärts" zu bemängeln. Dagegen weist die Berichterstattung für unsere Provinzpresse eine entschieden tendenziöse Färbung auf. (Sehr wahr.) Manche Reden sind entstellt und in Unsinn verkehrt. Ich habe deshalb einen der hier anwesenden Herren zur Rede gestellt und wissen Sie, was er mir zur Antwort gab? „Ja wohl, es ist vielleicht tendenziös, aber wir stehen auf dem Boden der anderen Anschauung. Wir können nicht aus unserer Haut". (Hört! hört!) Wenn die Herren ihre Ansichten als Genossen zum Ausdruck bringen wollen, so müssen sie das auf andere Weise thun. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß die parlamentarische Korrespondenz für unsere kleine Presse tendenziös gefärbt ist. Das muß einmal zur Sprache gebracht werden.

Singer: Wenn Genossin Zetkin nur die Absicht hatte, die Sache zur Sprache zu bringen, so hat sie ja ihren Zweck erreicht und könnte den Antrag zurückziehen. So aber zwingt sie mich zu einigen Bemerkungen. So sehr ich mit Frau Zetkin eine tendenziöse Berichterstattung verurtheile, so wenig fühle ich mich veranlaßt, ihrem Antrag zuzustimmen. Kommen in der That solche tendenziösen Berichte in die Provinzpresse, so mögen die betreffenden Delegirten die Redaktionen der Zeitungen darauf aufmerksam machen, daß sie sich nach einem anderen Berichterstatter umsehen. Es ist doch Sache der Redaktionen, für eine objektive Berichterstattung zu sorgen. Aber was Frau Zetkin mit ihrem Antrag bezwecken will, das erreicht sie nicht, sie soll mir ein Blatt unserer Provinzpresse nennen, welches im Stande wäre, die stenographischen Berichte zu bringen. Das würde ja Wochen und Monate dauern, ehe die Berichte gebracht sind. Aber ganz abgesehen davon, bedarf es zur Anfertigung stenographischer Berichte eines großen Bureaus von vielleicht 15—20 Personen, denn Sie können doch nicht erwarten, daß Jemand hier täglich acht Stunden stenographirt. Im Uebrigen hatten wir ja früher eine solche Einrichtung, die Folge davon war, daß sich die Herausgabe des Protokolls verzögerte, daß es erst erschien, wenn das Interesse an den Verhandlungen bereits erlahmt war. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen. Und nun noch ein Wort, ein Wort des Dankes an unsere Berichterstatter für den „Vorwärts" und das Protokoll. Wir alle haben diese Woche hindurch eifrig gearbeitet, aber mehr als wir alle haben unsere Berichterstatter gearbeitet. (Allseitige Zustimmung.) Wer mit angesehen hat, wie die Genossen bis Nachts um 12 Uhr saßen, um die Berichte fertig zu stellen, der muß von Dank erfüllt sein für diese aufreibende Thätigkeit. Daß einmal kleine Unrichtigkeiten vorkommen, daß einmal eine Rede ausführlicher behandelt wird als eine andere, das bestreite ich nicht. Wogegen ich aber aus langjährigen Kenntnissen der Berichte im Namen der Betreffenden, die ja hier nicht das Wort ergreifen können, protestire, ist, als ob man aus ihren Berichten auf eine tendenziöse, parteiische Berichterstattung schließen darf. Das hat ja auch Frau Zetkin nicht gethan, aber ich halte es doch für nöthig, das ausdrücklich zu betonen. (Beifall.)

Frau **Zetkin** erklärt, daß sie ihren Antrag bereits während der Singer'schen Rede zurückgezogen habe.

Damit sind alle Anträge erledigt.

Singer macht nunmehr Mittheilung von dem Ergebniß der Wahlen zur Parteileitung.

Vorgeschlagen zu Vorsitzenden waren Bebel und Singer, zum Kassirer Gerisch, zu Sekretären Auer, Pfannkuch, Schwartz, zu Kontroleuren Baerer, Blume, Brühne, Dubber, Ehrhart, Eitzinger, Ewald, Geiß, Geyer, Hoffmann-Bielefeld, Herbert, Kaden, Koblenzer, Könen, Lipinski, Lorenz, Meister, Metzner, Oertel, Frau Zetkin.

Abgegeben sind 229 Stimmzettel, davon ungiltig 1, zum Theil ungiltig 7 (5, weil sie mehr als 7 Namen für die Kontroleure, 2, weil sie mehr als 5 Namen für die Vorstandsmitglieder enthielten.)

Es haben erhalten für die Vorsitzenden Bebel 222 Stimmen, Singer 222, Luxemburg 2, Zetkin 2, Heine 1, Schippel 1 Stimme. Demnach sind zu Vorsitzenden Bebel und Singer gewählt worden.

Als Kassirer ist Gerisch mit 223 Stimmen wiedergewählt worden.

Als Sekretäre wurden wiedergewählt Pfannkuch mit 222 und Auer mit 138 Stimmen. Außerdem haben erhalten Schwartz 81 und Molkenbuhr 1 Stimme.

Zu Kontroleuren wurden gewählt Meister mit 203, Brühne 154, Kaden 154, Koenen 122, Zetkin 116, Ehrhart-Ludwigshafen 110 und Metzner 92 Stimmen.

Außerdem erhielten Stimmen Geyer 78, Blume 77, Koblenzer 75, Oertel 66, Herbert 46, Dubber 43, Ewald 30, Lipinski 30, Hoffmann 29, Baerer 28, Eitzinger 25, Lorenz 20, Geitz 12, Zietz 3, David 2, Grenz 1, Gerlach 1, Braun 1, Luxemburg 1, Sindermann 1, Adler 1 Stimme.

Damit ist die gesammte Tagesordnung erledigt.

Singer: Damit wären wir am Schluß unserer Arbeiten. Ich habe namens des Parteitages herzlichen Dank unseren hannoverschen Genossen auszusprechen, die uns nicht nur ein so schönes Fest zum Empfang bereitet haben, sondern auch vor dem Parteitage und während desselben keine Mühe und Opfer gescheut haben, uns das Sitzungslokal und unseren Aufenthalt in Hannover so behaglich und wohnlich als möglich zu machen. (Beifall). Ebenso habe ich einer Dankespflicht zu genügen gegenüber den Genossen, die wir in die Mandatsprüfungskommission gewählt haben, und die noch andere umfangreiche Arbeiten für den Parteitag geleistet haben; sie haben zwar einem Theil unserer Verhandlungen nicht beiwohnen können, aber dafür um so fleißiger im Dienste der Partei gearbeitet. (Bravo!)

Wenn ich nun einen kurzen Rückblick auf unsere Verhandlungen werfe, so liegt mir nichts ferner, als irgend etwas vertuschen oder verschleiern zu wollen, um etwa nach außen hin künstlich einen befriedigenden Erfolg zu konstruiren. Nein! aus vollster Ueberzeugung spreche ich es: Wir dürfen zufrieden sein mit den Ergebnissen dieses Parteitages. Wenn auch zu manchen Stunden in diesem Saale gleich einem Gewittersturme die Leidenschaften entfesselt waren, so meine ich, ist das, was vielleicht die Gegner als unsere Schwäche bezeichnen, doch auch in gewissem Sinne die Stärke unserer Partei. Wenn eben nicht der Eifer und die Energie, mit der bei uns die Ansichten vertreten werden, auch äußerlich in einer gewissen leidenschaftlichen Weise zum Ausdruck kommen würden, so würde unseren Diskussionen und Beschlüssen ein Theil ihres Werthes abgehen. (Zustimmung.)

Auch auf diesem Parteitag hat es sich gezeigt, daß trotz aller leidenschaftlichen Diskussion und trotz der vorhandenen persönlichen Differenzen zwischen einzelnen unserer Mitglieder, trotz verschiedener Anschauungen im Einzelnen die Partei über ihre Grundsätze und Taktik einheitlich denkt und auch fernerhin in voller Einmüthigkeit handeln wird.

Parteigenossen! Wir haben diskutirt über unsere Theorie, über unser Programm. Trotz einzelner Abweichungen und trotz mancher Auffassungen, die in ihrer Konsequenz allerdings zu einer Aenderung unseres Programms hätten führen können, haben sich doch auch die Vertreter dieser Auffassung mit zornigem Eifer dagegen verwahrt, als ob sie die Partei in andere Bahnen lenken wollten, und sich rückhaltlos zu den Grundsätzen bekannt, welche die Gesammtpartei vertritt, als überzeugte, ehrliche Sozialdemokraten. (Lebhafter Beifall.) Mit diesem Resultat dürfen wir, meine ich, zufrieden sein, zerstreut es doch von vornherein die Legende, die unsere Gegner sonst zweifellos verbreiten würden, wir seien gespalten und gingen auseinander. Nein, Parteigenossen, das wollen wir miteinander vor aller Welt konstatiren: Mögen einzelne Parteigenossen Differenzen haben, die Partei als solche ist gebunden durch ihre Beschlüsse; durch die Entscheidungen, die sie getroffen, hat sie erklärt: Wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind! (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Die Fragen der Taktik sind in der viel diskutirten Schrift unter dem Motto behandelt: „Was die Partei ist, das wage sie zu scheinen!" Jawohl, wir wollen scheinen, was wir sind, wir wollen scheinen,

daß wir sind die alte Sozialdemokratie, die in der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft, in der Beseitigung der Ausbeutergesellschaft ihr Ziel erblickt; daß wir sind die alte Sozialdemokratie, die auf dem Wege zu ihrem Ziel Alles, was sie der bürgerlichen Gesellschaft abtrotzt, nur als Wegzehrung betrachtet, um sich kräftiger und kampffähiger zu machen für den letzten großen Sieg, für die Befreiung des Proletariats. Und wer nach unseren Verhandlungen noch behauptet, daß die sozialdemokratische Partei geneigt ist, auch nur um ein Jota von ihren Grundsätzen und von der Taktik des Klassenkampfes abzugehen, wer behauptet, daß sie geneigt ist, mit bürgerlichen Parteien insofern in Beziehung zu treten, als wir anerkennen, daß die bürgerlichen Parteien und Kreise, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen, durch ihre Ueberzeugungen, durch ihre Politik geeignet seien, uns in ihre Reihen hinüberzuziehen, wer das behauptet, kennt unsere Verhandlungen nicht, kennt vor Allem nicht den Geist, in dem sie geführt sind. (Bravo!) Parteigenossen! Es giebt ein Wort, das heißt: Durch Einigkeit zum Sieg! Ich ändere es ein wenig und sage: Durch Einigkeit zum Ziel und zwar zum Endziel! (Bravo!) Und wenn wir jetzt zurückgehen in unsere heimischen Kreise, wenn wir über uns ergehen lassen müssen die Fluth der Aeußerungen in der gegnerischen Presse, dann werden wir unsere Einigkeit beweisen nach wie vor durch unsere Geschlossenheit im Kampfe gegen die heutige Gesellschaft. In dieser Ueberzeugung und im Gefühl des Stolzes auf dies Ergebniß unserer Berathungen sage ich: Die Banner hoch! Nach wie vor zum Kampf, zum Kampf für das Endziel, zum Kampf auch für die Forderungen der Gegenwart, zum Kampf mit einem Wort in der alten siegreichen Weise. (Bravo.) Das sollen wir thun, das wollen wir thun. Und ich schließe nicht einen Einzigen in diesem Saale aus, von dem ich das nicht annehmen möchte. (Bravo!) Wir wollen uns kräftigen in diesem Bestreben, indem wir all das, was wir fühlen, all das, was wir wollen, zusammenfassen in unseren alten Schlachtruf: „Die Sozialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegirten haben sich von ihren Plätzen erhoben, stimmen begeistert in diesen Ruf ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen. — Schluß 2¾ Uhr.

Druckfehler-Berichtigung.

S. 242 Zeile 6 von unten muß es heißen Reuber statt Neuber-Ohligs.

S. 89 Zeile 21 von unten fehlt hinter den Worten zur Sprache bringen das " (Schlußanführungszeichen).